

Prüfung des Weiterbewilligungsantrages

Arbeitshilfe – Checkliste

I. Antragsformulare (u.a. WBA, Anlage VM) vollständig?

- wurden vollständig ausgefüllt und unterschrieben vorgelegt
- wurden durch LSB ergänzt / berichtigt. Vorgenommene Änderungen wurden durch Unterschrift des bevollmächtigten Kunden bestätigt
- fehlende Unterlagen wurden angefordert

WV: _____ Unterlagen wurden vervollständig am: _____

II. Veränderungen in den Verhältnissen gegenüber Vorantrag?

- keine Änderungen festzustellen - keine Auffälligkeiten auf Kontoauszügen ersichtlich
- ein unbekannter Sachverhalt wurde durch WBA-Prüfung bekannt:
 - Änderung in den Vermögensverhältnissen
z.B. unbekanntes Konto; unbekannte kapitalbildende Versicherung, Bausparvertrag, Grundstück
unbekannte Vermögensanlage(n) benennen:

- klärungsbedürftige Kontobewegungen (z.B. Bareinzahlungen, Kosten der Unterkunft):
siehe Dokumentation in der Anlage / Vermerk / Niederschrift vom: _____

- Änderung in den Einkommensverhältnissen; Änderung(en) benennen:

- der bekannt gewordene Sachverhalt wurde geprüft. Ergebnis dieser Prüfung:

- keine leistungsrechtlichen Auswirkungen

- leistungsrechtliche Auswirkungen: _____

III. Bestandsarbeiten erledigt / erforderlich?

1. Datenabgleich (§ 52 SGB II) geprüft?

- es liegen keine ungeprüften Überschneidungsmeldungen vor
- Meldungen sind bekannt. Bearbeitung wurde in LÄMMkom dokumentiert
- Meldungen wurden geprüft. Klärung wurde vorgenommen bzw. veranlasst; Bearbeitungsstatus wurde in LÄMMkom dokumentiert

2. Überzahlungen–offene Posten? Aufrechnung möglich?

- es sind keine Überzahlungen / offene Posten festzustellen
- bestandskräftige, fällige Erstattungsforderungen werden bereits aufgerechnet (§ 43 SGB II)
- zulässige Aufrechnung wird unverzüglich erklärt (§ 43 SGB II): Bescheid(e) vom: _____
- eine Aufrechnung ist nicht möglich. Grund: _____

3. Bestehen Anhaltspunkte für (erneute) Vorrangprüfung § 12a SGB II?

KIZ? Beachte Erhöhung des KIZ zum 01.01.2017 um monatlich 10 Euro auf 170 Euro

- ja Brutto EK der BG >900 Euro / 600 Euro, „geringer“ Restbedarf → siehe Proberechnung
- nein Grund: _____

WOG, vorgezogene Altersrente, KG, UHV, Elterngeld, Waisenrente, Grusi SGB XII?

- ja _____
- nein, in Betracht kommende Ansprüche sind bereits realisiert / beantragt
- Erstattungsanspruch wurde angemeldet

4. Anhaltspunkte für Verstoß gegen Mindestlohngesetz bzw. sittenwidrige Lohnzahlung?

- keine Anhaltspunkte Mindestloohnerhöhung zum 01.01.17 wurde berücksichtigt
- Prüfung erforderlich (Verfahren nach DA)
 - Sachverhalt zwecks Klärung an FM weitergeleitet Ergebnis der Prüfung durch FM liegt vor
 - Anhörung Arbeitgeber veranlasst Bezifferung vorgenommen Einleitung Mahnverfahren

5. Ausschlussstatbestände (nochmals) geprüft?

- ausländerrechtliche Sonderbestimmungen stationäre Unterbringung, Altersrente, Knast
- unerlaubte Ortsabwesenheit dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung
BAföG / SGB III, § 7 Abs. 6 SGB II?

6. Sind „KdU-Zahlungen“ in Höhe der bedarfseitig berücksichtigten Bedarfe nachgewiesen worden?

- ja auf Kontoauszügen ersichtlich Mietquittungen wurden vorgelegt
- vom Bedarf abweichender Zahlbetrag ist nachvollziehbar (z.B. KdU-Kürzung)
- Klärung der Abweichung wurde vorgenommen; siehe Vermerk vom: _____